

Bericht zur Veranstaltung

"Europa in der Pflicht? Antworten auf die neue Nahost-Politik der USA"

von David Hackling

Am Mittwoch, den 03.05.2016, veranstaltete das Junge Europa eine Podiumsdiskussion zum Thema „Europa in der Pflicht? Antworten auf die neue Nahost-Politik der USA.“ Als Referenten konnten hierzu Volker Beck (Bündnis 90 Die Grünen), Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Parlamentarier-Gruppe im Bundestag, und Dr. Jamal Nazzal, Sprecher der Fatah für europäische Angelegenheiten, gewonnen werden. Moderiert wurde die Veranstaltung von Dr. Jan Busse, Politikwissenschaftler von der Universität der Bundeswehr in München.

Bereits zu Beginn der Debatte stellten beide Referenten klar, dass eine Beendigung des Konflikts nur mit der „Zwei-Staaten-Lösung“ erreicht werden könne. Dr. Nazzal erklärte, dass er sich besonders vom US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump, der an diesem Tag den Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde Mahmud Abbas in Washington empfing, ein klares Bekenntnis für einen palästinensischen Staat erhoffe. Generell sei ihm Trumps Positionierung im Nahostkonflikt allerdings noch völlig unklar.

Volker Beck, für den es „kein nachvollziehbares Konzept jenseits der Zwei-Staaten-Lösung“ zur Beilegung des Konflikts gebe, erläuterte bezüglich der amerikanischen Nahostpolitik, dass viele Israelis, in Anbetracht des einst kritischen Verhältnisses zwischen dem ehemaligen US-Präsident Obama und Benjamin Netanjahu, mit Hoffnung auf die Trump-Administration blicken. Die Voraussetzung für eine dauerhafte Lösung sei aber dennoch primär, dass Palästina den israelischen Staat anerkenne, da ansonsten keine Gespräche zwischen den beiden Konfliktparteien stattfinden könnten.

Von Dr. Nazzal wurde dies allerdings kritisch gesehen. Israels Siedlungsbau in umstrittenen ehemaligen Palästinensergebieten bezeichnete er als völkerrechtswidrig. Auch bedeute eine Anerkennung Israels für Palästina, dass sie den Palästinensern mit israelischer Staatsbürgerschaft das Recht aberkennen würden, in einem unabhängigen Palästina zu leben. Die Verweigerung Israels, den palästinensischen Vertriebenen aus dem Sechs-Tage- Krieg von

1967, ein Recht auf Rückkehr zu gewähren, stelle ebenfalls einen Verstoß gegen das Völkerrecht dar.

Einigkeit zwischen beiden Referenten herrschte wiederum bezüglich des Vorschlags Donald Trumps, die US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen. Dies sei ein „kontraproduktiver Schritt“, der nicht zu einer Befriedigung des Konflikts beitrage, sondern „weitere Unruhe in die Region bringe“ (Volker Beck) und auch auf benachbarte Regionen einen negativen Einfluss habe (Dr. Nazzal).

Angesichts der unsicheren Haltung der USA zum Konflikt sollte Europa bei den Friedensverhandlungen laut Beck eine wichtigere Rolle spielen. So schlug er vor, dass die Europäer in Kooperation mit den USA eine dauerhafte Abrüstung der Hamas überwachen könnten, um Israel an den Verhandlungstisch zu bewegen. Sein Plädoyer lautete: „Wir Europäer müssen zeigen, dass wir da etwas unternehmen. Nur so kann es Verhandlungen und Einlenkung geben.“

Moderator Dr. Jan Busse wies anschließend darauf hin, dass die Anwendung von Waffengewalt jedoch ein Problem auf beiden Seiten sei. Beck stimmte zu und verdeutlichte, dass vor allem die Praxis der Kollektivbestrafung von Angehörigen von Selbstmordattentätern von israelischer Seite nicht zu einer Deeskalation beitrage. Dr. Nazzal betonte hierauf, dass auch die Fatah sich strikt gegen Selbstmordattentate positioniere. Seine Hoffnung für die Zukunft sei vielmehr, dass Palästina „neben und nicht statt Israel als eigenständiger Staat“ entsteht.

Die lebhafteste Debatte über einen der ältesten, noch aktuell laufenden Konflikte in der internationalen Politik lockte circa 300 Zuschauer an, die durch interessante Fragen zu einem spannenden Austausch beitrugen.